

John K. Mewes, Tel. 0 60 51/85-122 52, mobil 0175/222 47 63 oder Frank Walzer, Tel. 0 60 51/85-123 20, mobil 0151/28 005 633
Der Kreisausschuss, Referat Presse und Information, Postfach 1465, 63569 Gelnhausen

Stadt Hanau und Main-Kinzig-Kreis lassen ab Montag alle Schulen zu

**Coronavirus: Maßnahme zur verlangsamenen Ausbreitung – Schulträger wollen
gemeinsam das Wochenende zur Vorbereitung nutzen – Vier neue Fälle im Kreis**

Main-Kinzig-Kreis. – Die beiden Schulträger Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau haben am Freitag bekanntgegeben, ab Montag die Schulen im gesamten Kreisgebiet geschlossen zu lassen. Sie appellierten zugleich an das Staatliche Schulamt, eine Notbetreuung zu organisieren, um Härtefälle abzufedern. Grund ist die Ausbreitung der Coronavirus-Erkrankung. Binnen zweier Tage hatte der Main-Kinzig-Kreis 13 neue bestätigte Fälle gemeldet, neun am Donnerstag, vier weitere aus Linsengericht, Birstein, Großkrotzenburg und Hanau am Freitag. Damit ist das neuartige Virus in bereits neun Kommunen des Main-Kinzig-Kreises angekommen.

Am Freitag hatte der Main-Kinzig-Kreis bereits die Friedrich-August-Genth-Schule in Wächtersbach vorsorglich schließen lassen, weil ein Mitglied der Schulgemeinde engen Kontakt zu einer erkrankten Person hatte. Um eine Weiterverbreitung möglichst zu verhindern, hatte der Kreis als Schulträger und mit seinem Gesundheitsamt – in Abstimmung mit der Schule und dem Staatlichen Schulamt – die Einrichtung geschlossen.

„Unser Ziel neben dem Erkennen und Absondern sind das Verlangsamen der Ausbreitung und der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir tun alles dafür, indem wir ab einem angemessenen Punkt und für einen vertretbaren Zeitraum eine erhebliche Zahl an Kontaktketten drastisch reduzieren“, erklärten Landrat Thorsten Stolz, Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler und der Kreisbeigeordnete Winfried Ottmann seitens des Kreises wie auch Oberbürgermeister Claus Kaminsky, Bürgermeister Axel Weiss-Thiel und Stadtrat Thomas Morlock seitens der Stadt Hanau.

Stadt und Kreis folgen damit den Beispielen anderer Bundesländer sowie den Empfehlungen der Bundeskanzlerin, sämtliche Sozialkontakte auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Auch wenn für den Schulbetrieb das Land Hessen zuständig ist, haben sich der Main-Kinzig-Kreis sowie die Stadt Hanau für diesen sofortigen Schritt auf kommunaler Ebene entschieden, der vorerst seitens des Kreises auf einschließlich 3. April sowie seitens der Stadt Hanau auf den 10. April befristet ist und in Hanau weitere Einrichtungen ebenfalls umschließt.

„Seit zwei Wochen sehen wir auf Landesbene, dass nichts entschieden wird. Da gibt es keine Führungskraft, es fehlt die Unterstützung an der Basis“, monierte Oberbürgermeister Claus Kaminsky. Landrat Thorsten Stolz ergänzte: „Wir reden über rund 100 Schulen im Bereich des Main-Kinzig-Kreises, mit all den Fragen der Lehrer und der Eltern, die nun aus unterschiedlichen Kommunen kommen. Entscheidungen wie an der FAG-Schule in Wächtersbach sind fachlich notwendig. Aber Insellösungen, das zeigt sich heute deutlich, sind nicht das Gebot der Stunde.“ Vor allem biete sich mit den zwei Wochenendtagen nun eine sinnvolle Zeitspanne, die sowohl die Eltern für ihre Wochenplanung als auch die Schulen für die weitere Vorbereitung nutzen könnten, so Stolz.

Oberbürgermeister Claus Kaminsky schloss daran an. „Um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen, sollen und müssen wir bis auf Weiteres auf alle vermeidbaren Sozialkontakte verzichten“, beschreibt OB Kaminsky die Maßgabe, an der sich die Frage, ob eine Einrichtung geöffnet bleiben könne, zu orientieren hat. „Jede unserer direkten Entscheidungen, die wir hier und jetzt treffen, hat erhebliche Nebenwirkungen und Begleiterscheinungen, das ist uns bewusst. Aber wenn wir uns selbst aufgeben, alles zu tun, um eine Verbreitung der Erkrankung zu verlangsamen, mit der Betonung auf langsam, dann gibt es keine Alternative zu diesen Entscheidungen. Mit Blick auf die aktuellen Ereignisse und auf die wachsende Dynamik haben wir aus Verantwortungsbewusstsein für unsere Bürgerinnen und Bürger am Freitag offiziell den Krisenstab einberufen, wo festgelegt wurde, dass wir überall dort, wo wir es selbst in der Hand haben, öffentliche Räume schließen“, erklärt Hanau OB die weitreichende Entscheidung der Stadt, die auch zu einer Schließung aller städtischen Kindertagesstätten von Montag an bis vorerst 10. April führt.

Der Kreisausschuss wie auch der Magistrat der Stadt Hanau bitten die Elternschaft um Verständnis für diesen Schritt. Es werde sich zeigen, ob dieser Schritt ausreichend und angemessen gewesen ist. Aber „wir übernehmen damit im Hier und Heute Verantwortung“, man wolle verlangsamen und die Bevölkerung schützen, „wir sind dabei aber auch auf die Eigenverantwortung und die Mithilfe jeder Bürgerin und jedes Bürgers angewiesen“, so Kaminsky und Stolz gemeinsam.

„Der Zeitpunkt ist so früh gewählt, damit in den nächsten Tagen Kapazitäten zur Betreuung daheim geschaffen werden können. Das wird nicht einfach sein, das kann sich jeder denken, der Kinder hat. Aber es ist der aktuellen Epidemie-Situation angemessen“, appellierte Landrat Stolz an die Bürgerinnen und Bürger. Kreis-Schuldezernent Winfried Ottmann erinnerte an die besondere Situation unter Schulen: „Dieser Schritt kam für die Einrichtungen sicher nicht völlig überraschend angesichts der jüngsten bundesweiten Entwicklungen. Dennoch heißt das für alle Schulleitungen und Sekretariate jetzt natürlich einen erheblichen organisatorischen Aufwand. Wir werden als Kreis dabei alle Beteiligten permanent auf dem allerneuesten Stand halten und natürlich auch aufmerksam beobachten, was die Landesregierung entscheidet.“

Die Kreis- und Stadtspitzen wissen, dass die Entscheidung für Eltern eine Herausforderung bedeutet. Daher fordern sie das Staatliche Schulamt auf, genauso wie die Städte und Gemeinden nun Verantwortung zu übernehmen. An den Schulen des Main-Kinzig-Kreises wie auch der Stadt Hanau muss deshalb vor Ort ab der kommenden Woche eine Notbetreuung gewährleistet sein. „Das muss das Staatliche Schulamt organisieren und die Information zügig und zielgerichtet an die Schulgemeinden und Eltern weiterleiten“, fordern Landrat Stolz und OB Kaminsky. Es geht vor allem darum, für die Menschen Planbarkeit zu schaffen.

Aktuelle Situation im Main-Kinzig-Kreis

Im Main-Kinzig-Kreis sind am Freitag vier weitere Fälle von Coronavirus-Erkrankten aufgetreten. Zwei Frauen aus Linsengericht und Birstein, jeweils Jahrgang 1971, stehen im Zusammenhang mit dem Fall einer Frau aus Wächtersbach, die kürzlich aus dem Skiurlaub zurückgekommen ist. Außerdem wurden ein Mann, Jahrgang 1957, aus Großkrotzenburg und ein Mann aus Hanau, Jahrgang 1958, positiv getestet. Diese beiden letzten Meldungen erreichten den Kreis am frühen Nachmittag. Das Gesundheitsamt hat auch diese vier Fälle umgehend häuslich isoliert; auch die Kontaktpersonen werden häuslich abgesondert.

Die neuen Coronavirus-Meldungen und häusliche Isolierung der Kontaktpersonen aus dem Kreisgebiet betrafen auch die Friedrich-August-Genth-Schule in Wächtersbach sowie Bereiche der Main-Kinzig-Kliniken. Während der Kreis die FAG-Schule schließen ließ, stellten sich auch die Main-Kinzig-Kliniken auf die Situation unverzüglich ein. Unter den in dieser Woche neu gemeldeten Erkrankten befinden sich drei Mitarbeiter der Kliniken in Gelnhausen. Auch sie sowie alle identifizierbaren Kontaktpersonen befinden sich in häuslicher Isolierung. Gemeinsam mit den Kliniken steht das Gesundheitsamt mit ihnen in Kontakt. Parallel dazu werden schon ab heute gemäß eines aktuellen Beschlusses der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder Maßnahmen umgesetzt, ursprünglich war dafür der kommende Montag geplant. Alle planbaren Aufnahmen, Operationen und Eingriffe werden, soweit medizinisch vertretbar, auf unbestimmte Zeit verschoben und ausgesetzt. Die Patienten werden über die Absage ihrer Operationen und Behandlungen informiert. Patienten, die hierzu Fragen haben, können sich an ihre bisherigen Ansprechpartner in den Kliniken wenden. Die Akut- und Notfallversorgung ist weiterhin gesichert.

Aufgrund der stark gestiegenen und erwartbar weiter steigenden Fallzahlen hatte der Main-Kinzig-Kreis bereits am Donnerstag eine Allgemeinverfügung angekündigt und am Freitag erlassen, die bereits seit Freitagmorgen, 8 Uhr, gilt. Demnach untersagt der Main-Kinzig-Kreis öffentliche und private Veranstaltungen im Gebiet des Kreises, bei denen mehr als 1.000 Personen unter freiem Himmel zu erwarten sind und bei denen mehr als 300 Personen in geschlossenen Räumen zu erwarten sind. Darüber hinaus empfiehlt der Main-Kinzig-Kreis, auch auf die Durchführung von

privaten und öffentlichen Veranstaltungen zu verzichten, bei denen weniger als 300 Personen erwartet werden und an denen erwartungsgemäß Personen teilnehmen, die laut Robert-Koch-Institut einer Risikogruppe angehören. Veranstalter werden insoweit aufgerufen, im Einzelfall ihre Planungen zu überdenken und ihre Veranstaltungen abzusagen oder zu verschieben. Einzelheiten zu den vom Robert-Koch-Institut definierten Risikogruppen finden sich auf der Homepage des Robert-Koch-Instituts: www.rki.de.